

Sudan: Eine Geschichte von Gewalt und politischer Instabilität

Ägypten, Nubien und die Gebiete am Oberlauf des Nil bilden einen Raum, dessen Staaten und Gesellschaften einander seit Langem wechselseitig beeinflussen. Im Norden des heutigen Staates Sudan queren Handelswege und Pilgerrouen den Nil, die den Westsudan, das Innere Westafrikas, mit dem Roten Meer und weiter mit der arabischen Halbinsel verbinden: hier entstanden Zentren der wirtschaftlichen und kulturellen Begegnung. Einen Staat, der zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit mit 2,5 Mio. km² der flächenmässig grösste Afrikas war, schuf erst die Eroberung durch Ägypten, die unter Mohammed Ali 1821 einsetzte.

Für die Bevölkerung des Sudan galten die Invasoren als „Türken“, die Herrschaft als türkische, *al-Turkiyya*. Khartum am Zusammenfluss des Weissen und des Blauen Nil wurde zum Zentrum der Macht. Der ägyptische Markt wurde mit Rindfleisch aus dem Sudan versorgt - das grosse Geschäft waren freilich Sklaven, die als Arbeitskräfte, aber vor allem als Soldaten des Khediven eingesetzt wurden.

1881 brach eine Revolte aus, geführt von Mohamed Ahmed ibn Abdallah, der eine grosse Zahl von Anhängern gewonnen hatte und von der Insel Aba im Weissen Nil den Mächtigen des Landes seine Ankunft als Mahdi, als von Gott auserwählter Führer in einer Zeit des Umbruchs, ankündigte. Die bewaffneten Kräfte des Mahdi eroberten allmählich den ganzen Sudan. Britische Maschinengewehre (*maxim guns*), zwei Kanonenboote und sudan-ägyptische Truppen unter dem Kommando britischer Offiziere brachten am 2. September 1898 mit der Eroberung von Omdurman das Mahdiregime zu Fall. Der Sudan wurde eine formal von Briten und Ägypten gemeinsam regierte Kolonie; tatsächlich regierten die Briten und Ägypten musste zumeist für die Kosten aufkommen.

Die Kriege gegen den Mahdi und widerständige Bevölkerungsteile hatten den Sudan wirtschaftlich schwer zurückgeworfen. Die Infrastruktur war zerstört und die Bevölkerung geschrumpft. Mit dem Argument der „Kontrolle über den Nil“ liessen die Briten Ägypten den Ausbau der Infrastruktur finanzieren, aber den grösseren Nutzen daraus zogen europäische Handelsfirmen. Die Modernisierung des Landes konzentrierte sich auf den islamischen Norden, während die südlichen Provinzen von der britischen Verwaltung zunehmend abgeschirmt wurden. Mit ihrer *Southern Policy* schufen die Briten die Grundlage für den postkolonialen Konflikt zwischen Norden und Süden.

Die Förderung der Landwirtschaft galt vor allem der Produktion von Baumwolle. 1920 überholte sie Gummi arabicum als wichtigstes Exportprodukt und in den 1930er Jahren machte sie zwischen 56% und 73% der Exportwerte aus. Das *Gezira-Scheme* - südlich von Khartum im Dreieck zwischen Weissem und Blauen Nil - wurde zum wichtigsten Entwicklungsprojekt. Heute ist es mit 2,1 Mio. Feddan (882.000 ha) das weltweit grösste landwirtschaftliche Bewässerungsprojekt unter einer Verwaltung.

Die Wirtschaft war über die Jahre ausgerichtet auf Agrarproduktion und Handel. Die Kolonialregierung fürchtete die politischen Folgen einer Industrialisierung. Die Verbesserung des Bildungswesens förderte die Entstehung einer sudanischen Elite. Mit der Gründung eigener berufsspezifischer höherer Schulen ab Mitte der 1930er Jahre erweiterte sich der Kreis von *graduates* und Anwärtern auf eine berufliche Karriere im staatlichen Bereich. Aus dem *Gordon Memorial College* wurde 1951 ein *University College* und mit der Unabhängigkeit die Universität Khartum. Die Zahl der Sudanesen im höheren Regierungsdienst nahm zu. Stadträte wurden geschaffen; *local government* ersetzte *native administration*. 1943 richteten die Briten *district councils* ein und beriefen Vertreter der sechs Nordprovinzen in einen *Advisory Council of the Northern Sudan*.

Die ersten politischen Parteien entstanden in enger Verbindung mit den islamischen Bruderschaften (*tariqa*). Im Vordergrund stand die Entscheidung für einen souveränen Sudan oder eine Union mit Ägypten. Letztlich entschied sich die nationale Führung unter dem Druck der Briten für einen eigenen Staat. Am 1.1.1956 wurde der Sudan unabhängig. Die folgenden Jahre parlamentarischer Demokratie waren gekennzeichnet von unsicheren Mehrheitsverhältnissen. Mohamed O. Beshir schreibt über die von Vertretern der beiden Bruderschaften dominierte Politikergruppe, die im Juli 1956 die Regierung übernahm: „*Diese unheilige Allianz, wie sie seinerzeit genannt wurde, war nicht fähig die so notwendigen Reformen durchzuführen oder Stabilität zu schaffen. Wie ihre Vorgängerinnen war die neue Koalitionsregierung mehr damit befasst, an der Macht zu bleiben, denn wirtschaftliche oder politische Probleme zu lösen.*“

Dabei hatten die Nachkriegsjahre eine gute wirtschaftliche Entwicklung gebracht. Die Nachfrage nach Baumwolle und die Weltmarktpreise stiegen. Die Regierung konnte es sich leisten, im Rahmen zweier Fünfjahrespläne grosse Summen in die Modernisierung der Infrastruktur und den Ausbau der Agrarprojekte zu stecken. Gegen Ende der 1950er Jahre verschlechterte sich allerdings die wirtschaftliche Lage; die Regierung war unfähig die Probleme zu lösen. So kam es 1958 zu einem Militärputsch. Die Bevölkerung reagierte nicht; sie hatte die korrupten und unfähigen Parteipolitiker satt.

General Ibrahim Abboud rief den Ausnahmezustand aus, der bis zum Ende des Militärregimes 1964 in Kraft blieb, suspendierte die Verfassung, verbot alle Parteien und installierte einen obersten Militärerrat. Wirtschaftlich hatte die Militärregierung mehr Erfolg als ihre Vorgänger. Die Offiziere begannen aus ihrer Stellung Profit zu schlagen: Korruption und Privatisierung öffentlichen Eigentums. Abboud intensivierte die Islamisierung der südlichen Provinzen, wies die christlichen Missionare aus und verstaatlichte ihre Schulen. 1963 brach, beginnend in der südlichsten Provinz Equatoria, ein Bürgerkrieg aus, getragen von regional unterschiedlichen bewaffneten Gruppen, die den gemeinsamen Namen *Anya nya* annahmen. Ziviler Widerstand erzwang den Sturz der Militärregierung in Khartum. 1965 brachten Wahlen die früheren Regierungsparteien *Umma* und *National Unionist Party* wieder an die Macht. Auch sie bekamen die wirtschaftliche und politische Lage nicht in den Griff. So kam es 1969 zum zweiten Militärputsch. Oberst Gafaar Numeiri verkündete einen sudanischen Sozialismus, ging aber sowohl gegen die Bruderschaften wie gegen die Kommunistische Partei des Sudan mit Gewalt vor. 1972 gelang ihm mit dem Friedensabkommen von Addis Abeba sein grösster politischer Erfolg. Die drei Provinzen des Südens wurden zu einer Region zusammengefasst und erhielten eine eigene Regierung und ein Regionalparlament. Die Friedenszeit dauerte nur zehn Jahre. 1983 wurde der Süden in drei Provinzen aufgeteilt und die regionalen Strukturen des Abkommens von Addis Abeba ausser Kraft gesetzt. Dazu kam die Einführung der *sharia*, aber auch die steigende wirtschaftliche Bedeutung des Südens aufgrund von Erdölfunden, über die die Regierung in Khartum die wirtschaftliche Kontrolle behalten wollte. Das liess den bewaffneten Konflikt erneut aufflammen.

1985 wurde Numeiri durch einen Militärerrat gestürzt. Er hinterliess dem Sudan ein dreifaches Erbe, das seine Nachfolger bis hinein ins dritte Jahrtausend nicht zu bewältigen imstande waren: die *sharia*, den zweiten Bürgerkrieg und eine zusammengebrochene Wirtschaft. Die folgenden Regierungen unter Sadiq al Mahdi konnten das Erbe nicht bewältigen. Der Krieg im Süden kostete eine Mio. US-\$ im Tag; die Bürokratie verschlang 70% des Budgets. Während die Preise der Grundnahrungsmittel und der Güter des täglichen Bedarfs kräftig stiegen, bediente

sich die Elite weiterhin am Staatseinkommen. Im Juni 1989 beendete die Armee schliesslich die Herrschaft des Parteientriumvirats.

Staatschef Omar Hassan Ahmed al-Bashir führte ein Militärregime islamistischer Prägung. Die *Nationale Islamische Front* (NIF) geführt von Hassan al-Turabi gab bis 1999 die politische Richtung vor; dann zog al-Bashir die Macht an sich. Er liess sich in manipulierten Wahlen als Präsident bestätigen. Im Süden kontrollierte die Volksbefreiungsarmee bzw. -bewegung (SPLA / SPLM) unter Führung von John Garang weite Teile des Landes. Im Februar 2003 griffen von Khartum fern gelenkte Banden die Zivilbevölkerung in Darfur an, mit dem Ziel lokale Widerstandsgruppen zu beseitigen und die Bevölkerung zu vertreiben. Der Konflikt, dem die afrikanische und internationale Staatenwelt wie so vielen anderen nicht beikommen konnte, forderte zwischen 180.000 und 300.000 Menschenleben und brachte 2,4 Millionen Menschen in Bewegung. Angriffe der Nationalen Armee gab es auch gegen die Nuba. Am erfolgreichsten waren letztlich die Bemühungen um die Beendigung des Krieges im Südsudan. Dort folgte auf den Abschluss eines Waffenstillstands in 2002 und eines Abkommens über die Teilung des Ertrages aus der Erdölförderung in 2004 das CPA (*Comprehensive Peace Agreement*) von 2005. Für eine Übergangsperiode von sechs Jahren bildeten der Norden und der Südsudan eine Föderation mit jeweils eigenen Institutionen; 2011 entschied sich die Bevölkerung des Südens mit 98,83% Zustimmung für die Trennung. Zwar waren damit längst nicht alle Probleme beseitigt – wie etwa der Status des Südkordofan und der Abey-Region, aber der Krieg zwischen den beiden Staaten war zu Ende.

Während der Streit um die Macht den Südsudan erneut in einen Bürgerkrieg verstrickte, setzte die Regierung in Khartum ihre „Disziplinierung der Peripherie“ fort. Es kam weder in Darfur noch im Südkordofan und Blue Nile State zu einem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen. Die politische Lage war geprägt von wechselnden Allianzen, Bündnissen und deren Zerfall im Zentrum wie in der Peripherie. Minister und hohe Funktionäre der Regierungspartei wechselten häufig und wurden, so wie Oppositionspolitiker, verhaftet, gingen wieder frei und erhielten neue Ämter. Das Erstarren der zivilen Gesellschaft zeigte sich an immer wirkungsvolleren Protesten in den grossen Städten.

2019 verschärfte sich die Proteste und gipfelte im April in einem „sit-in“ rund um das Verteidigungsministerium, der einen Staatsstreich der Armee auslöste. Ein *Transitional Military Council* unter Führung von General Abdel Fattah al-Burhan nahm Verhandlungen mit der Zivilgesellschaft auf, die unter Beteiligung von *African Unity* und Äthiopiens Premier Abiy Ahmed zur Bildung einer Übergangsregierung führten. Im Oktober 2021 übernahm der Militärrat erneut die volle Kontrolle und beantwortete die Proteste der Bevölkerung mit brutaler Gewalt.

17 misslungene oder erfolgreiche Staatsstrieche hat der Sudan seit der Unabhängigkeit erlebt. In einem Kommentar zu al-Burhans letztem Putsch macht die Journalistin Hager Ali „*underlying systemic problems*“ für die häufigen Regimewechsel verantwortlich. „*Die ethno-religiösen Unterschiede im Sudan gehen parallel mit einem Gegensatz Stadt-Land. Die vorwiegend arabisch-muslimische Bevölkerung konzentriert sich auf das reichere Zentrum der ethnisch vielfältigen Gesellschaft des Sudans. Die nichtarabische Bevölkerung der Peripherie bleibt wirtschaftlich vernachlässigt und von der Politik ausgeschlossen.*“

Worauf sie nicht verweist ist die Erkenntnis, dass korrupte und machtgierige Eliten im Zentrum wie in der Peripherie einen dauerhaften Frieden im eigenen Interesse verhindern.